



Daniel Friedrich Sturm

Wohin geht die **SPD?**

Mit Karikaturen
von Heiko Sakurai

Deutscher Taschenbuch Verlag

Unter www.wohin-geht-die-spd.de kommentiert Daniel Friedrich Sturm den Wahlkampf und die aktuellen Entwicklungen in der SPD.

Originalausgabe

Februar 2009

© Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,
München

www.dtv.de

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Dieses Werk wurde vermittelt durch die
Literarische Agentur Thomas Schlück GmbH, 30827 Garbsen

© Karikaturen: Heiko Sakurai

Umschlagkonzept: Balk & Brumshagen

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Gesetzt aus der Concorde 9/11,75°

Druck und Bindung: Kösel, Krugzell

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-24709-2

Inhalt

I. »Männerfreunde« an der Macht	9
Schröder und Lafontaine –	
»Innovation und Gerechtigkeit«	9
Gehversuche der »Modernisierer«	13
Der Zwiespalt der SPD	22
Kosovo – Realitätsschock vor der	
Regierungsübernahme	32
Regieren macht Spaß	36
Der »totale Schröder«?	38
Moderne Sozialdemokraten zwischen	
Bonn und London	44
II. Regieren im neuen Jahrtausend	57
Im Börsensog	57
Riester-Rente und »ruhige Hand«	60
»Uneingeschränkte Solidarität«	63
Der lustlose Kanzler	67
Der Zauberer Hartz	70
Prinzip Hoffnung	77
Der deutsche Weg	82
Fallstricke auf den letzten Metern	86
»Mehrheit ist Mehrheit«	89
III. Die zweite Chance	95
Stolpern nach dem Start	95
Copilot Clement	100
Kakophonie	103
Steinmeiers Offensive	112
IV. Einsicht und Umkehr	119
Der einsame Kanzler	119
Agenda 2010	125
Kritik von allen Seiten	135
»Wir sind die Partei«	140
Reformen zu Neuhardenberg	154

V. Kanzlerdämmerung	165
Von Schröder zu »Franz«	165
»Weder Rechter noch Linker«	169
Genossen und Gewerkschafter	177
»Montagsdemonstrationen«	182
Der »Heide-Mord«	189
Heuschrecken	193
Ein »Kabeljau« in Düsseldorf	196
Stammland ist abgebrannt	200
VI. Schröder rettet die SPD	207
»Das strukturelle Patt auflösen«	207
»Die größte Fehlentscheidung seit den Kriegskrediten«	214
Der zweite Händedruck	220
Vertrauen qua Misstrauen	223
Oppositionswahlkampf in Regierungsverantwortung	227
»Wir müssen doch auch mal die Kirche im Dorf lassen«	238
Müntefering zieht die Reißleine	244
Der »74er« an Schröders Seite	249
VII. Im Schatten des Vizekanzlers	257
Die Suche nach Augenhöhe	257
Revolution am Reformationstag	259
Konservativ und unbefangen	263
»Unser Messias heißt Matthias«	272
Netzwerker und Strippenzieher	276
»Mit Mut und Menschlichkeit«	280
Sonnendeck und Maschinenraum	282
Platzecks Rückzug	290
Saumagen und Blutwurst	291
Leistung, Unterschicht und Prekariat	299
»Immer mal langsam mit de Leut!«	301
VIII. Kurt Beck oder Vom Ende der Zumutungen	309
Die sozialdemokratische Kanzlerin	309
Koalition als Opposition	313
Außenpolitische Akzentuierungen	316

Vizekanzler versus Parteichef	319
Beck ordnet die Partei	325
»Ein neues Sofa muss her«	329
Rumpelnd im Rückwärtsgang	331
»Nah bei den Menschen«	340
IX. Jenseits jeder Führung	349
Hessische Verhältnisse	349
Der Wortbruch	357
Ohne Strategie und Instinkt	364
»Ich lenke«	368
Der wütende Vorsitzende	373
Genese Gesine	378
Dalai Lama und Rote Heidi	382
X. Mit Mut und Machtwillen	391
Der Kandidat-Kandidat	391
Sehnsucht nach Müntefering	396
Krisentreffen am Schwielowsee	406
Roter Schal und Silberlocke	413
In der Finanzkrise	418
Der Aufbruch	423
»Opposition ist Mist«	431
Die Jahre 2009 bis 2013 – drei Szenarien	445
Anhang	457
Dank	457
Literatur	459
Parteivorsitzende, Generalsekretäre und Bundesgeschäftsführer der SPD	468
Mitgliederzahlen der SPD seit der Vereinigung Deutschlands	469
Wahlergebnisse	470
Personenregister	472



Dienstantritt ...
28. Oktober 1998

Im Oktober 1998 wird Gerhard Schröder zum Bundeskanzler einer rot-grünen Koalition gewählt. In seinem Kabinett sitzen u. a. Finanzminister Oskar Lafontaine, Außenminister Joschka Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping.

I. »Männerfreunde« an der Macht

Schröder und Lafontaine – »Innovation und Gerechtigkeit«

Ausgerechnet »Hundsärsch« – ein Schnaps mit jenem ebenso denkwürdigen wie bezeichnenden Namen wird zum Symbol für Gerhard Schröders wichtigste Wegmarke auf dem ersehnten Weg ins Kanzleramt. Jahrelang arbeitete Schröder auf dieses Ziel hin, mehr mit den Medien als innerhalb der offiziellen Parteigremien, die er im Grunde verachtete. Nun war er fast ein Jahrzehnt lang niedersächsischer Ministerpräsident. Er regierte in seiner ersten Legislaturperiode mit den Grünen, seit 1994 in einer Alleinregierung der SPD. An jenem 1. März 1998 verteidigten Gerhard Schröder und seine SPD die absolute Mehrheit im niedersächsischen Landtag. Schröder kann sich durch diesen Sieg als Kanzlerkandidat der SPD verstehen.

Die beiden starken Männer der Sozialdemokratie, Schröder und der SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, hatten bis zu diesem Tag offen gelassen, wer von ihnen bei der Bundestagswahl im September 1998 gegen Helmut Kohl, den ewigen Kanzler, antreten sollte. Schröder hatte erklärt, er werde Kanzlerkandidat, sofern er bei seiner Landtagswahl nicht mehr als zwei Prozentpunkte verliere. Dieses Ziel war ambitioniert, und so hatte Lafontaine Schröders Definition zugestimmt. Selbstredend hielt Lafontaine sich für den geeigneteren Kandidaten. Er entschied sich aber, die Vereinbarungen aus dem Zweckbündnis mit Schröder einzuhalten, zumal er darauf setzte, Schröder werde seine Zielmarke verfehlen.

Wie üblich verbrachte Lafontaine den Wahlsonntag nicht in Bonn, sondern im heimischen Saarland. Nachdem sich die Hochrechnungen verfestigt hatten, trat er vor seinem Wohnhaus in die Kälte, wo etliche Journalisten längst auf den SPD-Vorsitzenden warteten. Auf einem Tablett reichte Lafontaine, leicht zitternd, den frierenden Reportern und Kameralenten einen saarländischen Schnaps, eben jenen »Hundsärsch«. Er freute sich über den Sieg Schröders, sprach Lafontaine in die Nacht. Er gratulierte ihm und rief Schröder zum Kanzlerkandidaten aus. Alle Zweifler ließ er

wissen: »Sie sehen, der Parteivorsitzende ist glücklich.« Für Lafontaine begann an diesem Tag eine fast einjährige Phase voller Höhen und Tiefen – bis zu seinem zeitweiligen Rückzug aus der Politik. Für Schröder dagegen begann ein Siegeszug.

Schröder und Lafontaine kannten sich längst gut genug, um sich gegenseitig stets misstrauisch zu beäugen. Beide zählten zu den »Enkeln« Willy Brandts, Lafontaine war einst gar dessen Lieblingsenkel. Er war Schröder stets einen Schritt voraus gewesen. Der ein Jahr ältere Lafontaine war bereits im Jahre 1976 Oberbürgermeister von Saarbrücken geworden und hatte wenig später den Vorsitz der saarländischen SPD übernommen. 1985 wurde er Ministerpräsident, 1990 erfolgloser Kanzlerkandidat der SPD. Im Jahre 1995 hatte er mit einem Putsch auf dem legendären Mannheimer Parteitag Rudolf Scharping den SPD-Vorsitz entrissen. Schröder wiederum hatte zwischen 1978 und 1980 den Vorsitz der Jungsozialisten inne, er reüssierte im Lande aber später als Lafontaine und besaß daher auf der bundespolitischen Bühne nicht dessen Bedeutung. Von 1983 an führte Schröder den SPD-Bezirk Hannover, im Jahre 1990 wurde er Ministerpräsident. Beim Mannheimer Parteitag zählte Schröder zu den Unterstützern Lafontaines, verband Scharping und ihn doch eine gegenseitige Abneigung.

Schröder und Lafontaine hatten sich nun verbündet, trotz aller Vorbehalte. Als gemeinsamer Gegner diente Helmut Kohl, der das Land seit 16 Jahren regierte, dessen Kraft aber erkennbar nachließ. Doch galt Kohl nicht schon 1988/89 als erledigt? Die Regierung Kohl zerfaserte damals, mehrere Minister leisteten sich veritable Pannen. Kohls Geschick bei der Vereinigung Deutschlands rettete ihm das Amt. Mit Lafontaine hatte sich 1990 abermals ein sozialdemokratischer Kanzlerkandidat die Zähne an Kohl ausgebissen. Gleiches war schon Hans-Jochen Vogel (1983) und Johannes Rau (1987) widerfahren. Rudolf Scharping setzte 1994 die Serie gescheiterter Kanzlerkandidaten fort.

Nur mit vereinten Kräften sah die SPD eine Chance, Kohl zu schlagen. Schröder und Lafontaine inszenierten daher eine Männerfreundschaft, deren Qualität sich im Laufe der folgenden Jahre erweisen sollte. Der Vergleich zu den »Freunden« Kohl und Franz Josef Strauß oder dem Verhältnis zwischen Willy Brandt und Herbert Wehner lag auf der Hand. »Kein Blatt Papier« passe zwischen sie, rühmten sich Schröder und Lafontaine. »Oskar, dir danke ich

für die Disziplin, die Vernunft, ja die Selbstlosigkeit«, rief Schröder seinem Kontrahenten während des Leipziger Parteitages am 17. April 1998 zu: »Ich danke vor allen Dingen für die Freundschaft.« In diese innige Freundschaft bezogen beide gar ihre Frauen ein. Vermeintlich vergnügt ließen sie sich bei einer inszenierten Wanderung vor der Saarschleife fotografieren. »Gerd« und »Oskar«, dazu »Doris« und »Christa« sollten das parteiinterne Bündnis für den Sturm auf die Bastion Bonn dokumentieren – und nebenbei das moderne Deutschland im Gegensatz zum biedereren Ehepaar Helmut und Hannelore Kohl verkörpern. Längst herrschte dabei in der SPD angesichts der verschlissenen Regierung Kohl der Eindruck: Den Wahlsieg können nur noch wir selbst verspielen.

Die Vorbehalte, Vorurteile, Abneigungen und Eifersüchteleien blieben neben allen politisch-inhaltlichen Unterschieden zwischen Kanzlerkandidat und Parteichef während des Wahlkampfes nicht unter dem Teppich. Misstrauisch beobachteten sich die Mitarbeiterstäbe aus Hannover und Saarbrücken, die unterschiedlichen Berater und Zuarbeiter. Wer Schröder-Mann war oder wer als Lafontaine-Mann galt, das war nicht zuletzt in der SPD-Parteizentrale bekannt. Wobei die Divisionen des Saarländers in Bonn bei weitem die des »Hannoveraners« überstiegen, schließlich führte Lafontaine seit gut zwei Jahren die Partei. Noch Scharping hatte den nordrhein-westfälischen Arbeitsminister Franz Müntefering zum Bundesgeschäftsführer der SPD gemacht. Lafontaine hielt an ihm fest. Münteferings engste Mitarbeiter waren Michael Donnermeyer, Matthias Machnig und Karl-Josef (Kajo) Wasserhövel. Donnermeyer war Sprecher der SPD, Wasserhövel Münteferings persönlicher Referent. Münteferings Büroleiter Machnig managte die Wahlkampfzentrale »Kampa«. Er hatte 1996 und 1997 die Wahlkämpfe in den USA und Großbritannien unter die Lupe genommen und gedachte eine ähnliche Kampagne wie die der Demokraten und der Labour-Partei zu starten. Schröder betrachtete das Erich-Ollenhauer-Haus mit verständlichem Unbehagen. Selbst der offeneren »Kampa« Münteferings begegnete er skeptisch.

Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten wie Schröder oder Lafontaine dominierten längst die SPD, deren oppositionsgeplagte Bundestagsfraktion stetig an Bedeutung verlor. Die einst zentralistische SPD hatte sich im Laufe der neunziger Jahre zu einer föderalistisch geprägten Partei entwickelt, in der die »schmu-

cke Riege« der Ministerpräsidenten das Sagen hatte. Dies lag daran, dass die SPD auf Bundesebene – getreu der Prognose Wehners nach dem Machtverlust im Jahre 1982 – fern der Macht blieb, während sie in den Provinzen punkten konnte. Im Mai 1991 stellte die SPD in neun Ländern den Ministerpräsidenten, im Westen gar in acht von zehn Ländern. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel litt unter jenen »Zaunkönigen«, wie Helmut Schmidt die selbstbewussten Landesväter einst genannt hatte, der spätere Fraktionschef Hans-Ulrich Klose ebenso. Lafontaine brachte die Hackordnung in der Sozialdemokratie wie gewohnt deutlich auf den Punkt: »SPD-Politik wird über die Länder gemacht, da kann die Fraktion plärren, was sie will.« Nicht ohne Zufall waren nach Vogel nur noch Ministerpräsidenten als Kanzlerkandidaten der SPD angetreten. Die »Zaunkönige« verachteten die Fraktion. Schröder etwa sah in den Abgeordneten ein »Kartell der Mittelmäßigkeit«, wie er öffentlich kundtat – wenig zur Freude des damaligen Fraktionschefs Scharping und seines Parlamentarischen Geschäftsführers Peter Struck.

Mit dem anbrechenden Bundestagswahlkampf 1998 wuchs die Bedeutung von Müntefering und dessen umtriebigen Umfeld. Wem aber neigte Müntefering zu? War er ein Mann Lafontaines, da er diesem diente? Immerhin entstammte der Sauerländer Müntefering dem Kabinett von Johannes Rau, der jedoch vor allem aber die strukturkonservative SPD im Stammland Nordrhein-Westfalen personifizierte. Müntefering war dem Parteivorsitzenden verpflichtet. Schröder war für ihn nur einer von damals noch vielen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten. Doch Müntefering umgab schon in frühen Zeiten eine Aura der Undurchsichtigkeit. Er galt im Machtgefüge der SPD als »neutraler Zentrist«.

Um die drei Krafffelder Schröder, Lafontaine und Müntefering auf ein gemeinsames Vorgehen bis zum Herbst 1998 einzuschwören, einigten sie sich auf eine engere Abstimmung ihrer Stäbe. Die inhaltlichen Differenzen zwischen Schröder und Lafontaine aber blieben bestehen. Schröder hatte zwar innerhalb der SPD lange als »Linker« gegolten, doch schon an der Spitze seiner rot-grünen Regierung erwies er sich als äußerst industriefreundlicher Landesvater. Vom »Automann« war die Rede in Anspielung auf seine Aktivitäten zugunsten des Volkswagen-Konzerns und vom »Genossen der Bosse«. Im Jahre 1993 war Schröder – neben Heidemarie

Wieczorek-Zeul – gegen den Pragmatiker Scharping ins Rennen um die Urwahl des SPD-Vorsitzenden gegangen. Damals setzte sich Scharping durch; in der SPD war das Misstrauen gegenüber Schröder schließlich zu ausgeprägt. Auf dem Mannheimer Parteitag im Oktober 1995, auf dem Lafontaine den spröden Scharping stürzte, gelang Schröder selbst der Einzug in den 45-köpfigen Parteivorstand erst im zweiten Wahlgang.

Schröder hatte es zeit seines Lebens verstanden, Positionen immer wieder zu räumen und so sein Image binnen weniger Monate zu ändern. Dieses Prinzip der Prinzipienlosigkeit trug zu seinem Erfolg erheblich bei. In Abgrenzung zu Lafontaine war Schröder jedoch bei aller Sprunghaftigkeit der Pragmatiker, der Reformier, der Modernisierer. Das SPD-Wahlkampfmotto von 1998 – »Innovation und Gerechtigkeit« – war dabei voll auf die beiden Protagonisten, auf Schröder und Lafontaine, zugeschnitten. Schröder stand für Innovation, Lafontaine für Gerechtigkeit. Der saarländische Ministerpräsident hatte dabei längst nicht immer als Linker gegolten. Dieses Image stellte er selbst Ende der achtziger Jahre infrage, indem er sich mit den Gewerkschaften anlegte. Lafontaine sprach sich für kürzere Arbeitszeiten ohne vollen Lohnausgleich aus – im westdeutschen Wohlfahrtsstaat damals eine Sensation für einen Sozialdemokraten. In den neunziger Jahren stand Lafontaine parteiintern stets links, wenngleich es ihm gelang, weite Teile der SPD für sich einzunehmen. Lafontaine, der in der SPD schlicht »Oskar« hieß, verkörperte die Seele der Partei. Daneben war es ihm gelungen, Themen der Grünen, etwa die Ökologie, in der SPD zu verankern. Entsprechend lange blieben die Grünen an der Saar erfolglos.

Gehversuche der »Modernisierer«

Schröder hatte bereits im Februar 1996 in einer Grundsatzrede eine gewisse Reformfreude erkennen lassen: »Das jetzige Niveau ist nicht mehr finanzierbar«, erklärte er damals und stellte sich erneut gegen den Mainstream in der SPD. »Es geht nicht mehr um den Umbau des Sozialstaates, es sind tatsächlich tiefe Einschnitte nötig.«¹ Im Jahr darauf legte Schröder seine »Dresdner Thesen« zur Wirtschaftspolitik vor. Deren Tenor ließ sich in zwei Worten

zusammenfassen: Innovation und Aufbruch. Schröder plädierte für Eigenverantwortung, Risikobereitschaft und Flexibilität; dabei berief er sich gar auf Ludwig Erhard. Zu den Beratern Schröders zählte Bodo Hombach, langjähriger Geschäftsführer der nordrhein-westfälischen SPD und damals Manager des Stahlkonzerns Preussag. Zwischen beiden kam es zu einer Zusammenarbeit, die sich für den Reformler Schröder als wichtig erwies. Hombach schuf nichts weniger als die grundlegenden Ideen einer Reformpolitik, die Schröder erst nach fünf Jahren im Kanzleramt anzupacken wagte.

Hombach und Schröder – die gemeinsame Geschichte der beiden »Modernisierer« war dabei alles andere als bruchlos verlaufen. Hombach hatte schon in jungen Jahren mehrere Wahlen für Johannes Rau gemanagt und dazu beigetragen, die machtverwöhnte SPD an Rhein und Ruhr machtgewohnt werden zu lassen. Hombach trimmte seine Partei in NRW voll auf die »Mitte« und setzte auf den »Mainstream«², die CDU blieb marginalisiert. Unangefochten beherrschten die Genossen das Land; erst 1995 kam ihnen die absolute Mehrheit abhanden. Ebenso dominierte die SPD die Rathäuser des Ruhrgebiets. »Wir in NRW« oder »Stadt und Land, Hand in Hand« – mit diesen Formeln ließ Hombach seine Partei mehrfach in Wahlkämpfe ziehen. Er hätte auf die Broschüren auch drucken können: »Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg.« Der bullig-robuste und zugleich sensible Hombach schleifte Schröder durch Nordrhein-Westfalen. Die beiden Männer waren der Ansicht, die SPD könne nur in Regierungsverantwortung und über Sachzwänge erneuert werden. Zeigten nicht die Jahre seit 1982, wie wenig dies der SPD in der Opposition gelang?

Mit Siegeszügen nach nordrhein-westfälischem Muster war Gerhard Schröder in Niedersachsen nicht verwöhnt worden. Er trat erstmals im Jahre 1986 als Spitzenkandidat gegen Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) an. Schröder konnte eine realistische Machtoption nur in einer rot-grünen Koalition im hannoverschen Landtag erkennen. Die Grünen saßen in Niedersachsen seit 1982 im Landtag, in Nordrhein-Westfalen gelang ihnen der Einzug erst im Jahre 1990.³ Der unbändig-ungeduldige Spitzenmann Schröder also setzte mangels anderer Machtperspektiven auf »rot-grün«. Zu einem solchen Bündnis aber war es auf Landesebene bislang nur in Hessen (1985) und Berlin (1989) gekommen. Die Ko-

alition in Hessen war gescheitert, in Berlin ging es recht streitlustig zur Sache.⁴ Das Establishment der SPD, zumal Rau, fürchtete die rot-grüne Option. Um Schröder diese auszutreiben, reisten Raus Mitarbeiter Wolfgang Clement und Hombach 1986 nach Niedersachsen. Ihr Auftrag: Schröders Flirt mit den Grünen beenden. Ihre Begründung: Die Grünen sind nicht bündnisfähig. Ihr Problem: Hombach und Clement mischten sich in »innere Angelegenheiten« der niedersächsischen SPD ein. So jedenfalls sah es Schröder, der sich dem Druck gleichwohl beugte. Als der Machtwechsel an der Leine 1986 nicht gelang, sah Schröder in Raus Helfern den Grund seiner Niederlage, obgleich das Wahlergebnis eine rot-grüne Option gar nicht möglich gemacht hätte.

In den neunziger Jahren blieben Schröder und Rau ebenso wie ihre jeweiligen Umfelder auf Distanz. Für Rau, Clement und Hombach war Schröder eine *Persona non grata*. Als der SPD-Vorsitzende Scharping im Jahre 1995 Schröder – nach dessen Wort, es gebe keine rechte oder linke, sondern nur eine moderne und unmoderne Wirtschaftspolitik – über Telefon am Deich von Neuuharlingsersiel dessen Demission als wirtschaftspolitischer Sprecher mitteilte, zollte Clement Beifall. Auch Lafontaines »Putsch« auf dem Mannheimer Parteitag beließ es bei dem Graben zwischen den »Düsseldorfern« und den »Hannoveranern«. Anders als Schröder setzten Rau, Clement und Hombach auf den erfolglosen Scharping.

Wie aber war es schließlich zu der Annäherung von Schröder und Hombach gekommen? Schröder war alles andere als nachtragend und suchte Verbündete, zumal außerhalb seines eigenen Bundeslandes. Insofern war der wirtschaftsfreundliche Hombach im größten Land erste Wahl. Als beide unabhängig voneinander auf Kuba eine Industriemesse besuchten, verbrachten sie in Fidel Castros Inselparadies gemeinsam einige Stunden am Strand. An welchem Ort konnte man besser über die Modernisierung der SPD debattieren als an der kubanischen Küste? Zwischen Schröder und Hombach entwickelte sich eine politische Freundschaft. Beide wollten eine wirtschaftsfreundliche Säule in der SPD etablieren, die seit dem Ende von Schmidts Kanzlerschaft nicht mehr existent war. Dieser Flügel wurde später von Schröder, Clement und Hombach repräsentiert.

Im Frühling 1997 bat Schröder Hombach um einen modernisierungsfreundlichen Artikel, der unter Schröders Namen im

»Spiegel« erscheinen sollte. Hombach zögerte nicht lange. Wenig später brachte der »Spiegel« einen Beitrag »von Gerhard Schröder«. Unter der Überschrift »Gegen den Luxus der Langsamkeit« war ein Text zu lesen »über die deutsche Krankheit und den richtigen Weg in eine moderne Innovationsgesellschaft«. Darin plädierte »Schröder« für Reformen und wandte sich gegen Technik-skeptizismus. Daneben verwandte er die Formulierung: »Ich gebe dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitiker Bodo Hombach recht ...«⁵

Schröder und Hombach verband eine gemeinsame Herkunft aus kleinen Verhältnissen, beide waren den mühsamen Weg über das Abendabitur gegangen. Als sie es dann nach ganz oben geschafft hatten, »zelebrierten beide gerne den protzigen Lebensstil der Neuankömmlinge« – mit alten Rotweinen und teuren Zigarren.⁶ Hombach hatte die Politik nie ganz verlassen, als er im Jahre 1991 Manager des Stahlkonzerns Preussag geworden war. Weiterhin gehörte er dem Düsseldorfer Landtag an. Daneben organisierte Hombach Wahlkämpfe gar außerhalb des Landes, so für Nelson Mandela in Südafrika. Erst wenige Monate vor der Bundestagswahl, im Juni 1998, wurde er Wirtschaftsminister und damit Wolfgang Clements Nachfolger in dessen Kabinett in Nordrhein-Westfalen.

Immer wieder zog sich Hombach in dieser Phase in das Haus seiner Eltern im niederländischen Noordwijk zurück. Hombach zählte zu der seltenen Art von Politikern, die Bücher lasen und gar selber schrieben. So empfing er in Noordwijk immer wieder Wissenschaftler, Berater und Journalisten zu Gesprächen. Bei frittierten Kalbsfleischwürsten, Matjesbrötchen und Grolsch diskutierten diese Runden die Zukunft des Sozialstaates oder die Beschäftigungspolitik, später das wirtschaftspolitische Regierungsprogramm der SPD. Hombachs Mutter bekochte zuweilen die Gäste, immer wieder ging Hombach mit seinen Leuten am Strand spazieren. Zu Hombachs Gästen in Noordwijk zählten der Bochumer Soziologe Rolf Heinze, der IG-Metall-Vize Walter Riestler, der Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann und viele andere. Hombach saugte die Ideen und Thesen seiner Gäste wie ein Schwamm auf. Er ließ all die klugen Gedanken in ein Notebook tippen. In Reden, die Hombach für Schröder schrieb, tauchten diese dann wortgleich auf. Hombach beeindruckte die Leute seines Umfeldes mit Witz und Sinn für Skurriles. So zeigte sich ein Mitarbeiter einst äußerst

besorgt, als er, Hombachs Haus betretend, von einer Rauchwolke empfangen wurde. Schon um das Leben seines Chefs fürchtend, fand er Hombach in dessen Wohnzimmer vor. Der gab sich geradezu selig und berichtete: »Ich hab' mir Weihrauch gekauft!«

Hombach hatte sich zu diesem Zeitpunkt intensiv mit der Zukunft der Arbeit wie des Sozialstaates befasst. Schon 1984 gab er ein Buch zum Thema »Beschäftigungskrise und Neuverteilung der Arbeit« heraus – standesgemäß im sozialdemokratischen Verlag »Neue Gesellschaft«. Hombach suchte nach modernen sozialdemokratischen Antworten auf die demografische Entwicklung, vor der weite Teile seiner Partei noch die Augen verschlossen. Just im Wahljahr 1998 veröffentlichte sein Berater Heinze ein Werk, das Hombach in seiner Problemanalyse als treffend betrachtete: ›Die blockierte Gesellschaft‹. Hier war von der Krise des »Modells Deutschland« die Rede und von der Bedrohung des traditionellen Sozialstaates.

Zu Hombachs Beratern zählte ferner Wolfgang Streeck, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln. Streeck wiederum kooperierte mit Riester. Heinze und Streeck rückten nun in Schröders Beraterzirkel vor. Streeck wagte gleichfalls schon vor dem Regierungswechsel 1998 auszusprechen: Wir stehen vor schwierigen Zeiten. Wir müssen reformieren, damit der Sozialstaat bestehen bleiben kann. Immer wieder propagierte er die Idee, die Sozialversicherungen in einem weit höheren Maße als bislang über Steuern zu finanzieren, um so den Faktor Arbeit zu entlasten. Ganz ähnlich dachte Hombach. Er wollte der SPD nichts weniger verpassen als eine Art sozialpolitisches »Godesberg«. Doch wusste er, welche Schmerzen dies in der SPD auslösen würde? Für Schröder entwickelte er nun erst einmal die beruhigende Botschaft für Wahlvolk wie Wirtschaft: Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.

Hombach besaß daneben den Ehrgeiz, mit all den ihn überzeugenden Ideen und Konzepten eine programmatische Schatztruhe zu füllen. Immer wieder ließ er nun den Kanzlerkandidaten Schröder, der selbst nicht gern las, in diese Schatztruhe greifen. So übernahm Schröder Hombachs Modernisierungsrhetorik. Dies wiederum stieß auf Lafontaines zunehmenden Widerstand. Lafontaine gerierte sich als Traditionalist und setzte dabei auf Sicherheit: Statt in einem Wahlkampf die Menschen mit Reformideen zu ver-

unsichern, griff er die in seinen Augen allzu unsoziale Politik der Regierung Kohl und ihres Arbeitsministers Norbert Blüm (CDU) an. Kohls Regierung hatte – trotz Blüms Diktum »Die Rente ist sicher« – im Jahre 1997 bei der Alterssicherung einen demografischen Faktor eingeführt, der die jüngere Generation eines Tages entlasten sollte. Lafontaine kritisierte diesen Beschluss. Dies war insofern verständlich, da Kohls Sozialpolitik für die SPD ansonsten wenige Angriffsflächen bot. Kohl mochte die Wähler weder mit »kalten Reformen« noch mit einer »neoliberalen Politik« verunsichern. Er hielt es wie sein Vorbild Konrad Adenauer. Der Staatshaushalt expandierte. Der Sozialetat wuchs, daneben allerdings stieg die Arbeitslosigkeit. Im Januar 1998 waren 4,9 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet, abseits all jener, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und ebenso undurchschaubaren wie erfolglosen Projekten die Statistik schönten. »Wohlstand und Arbeit für alle«, verlangte Lafontaine nun und ließ keinen Zweifel daran, dass mit der Regierungsübernahme durch die SPD der deutsche Wohlfahrtsstaat zu einem wahren Schlaraffenland werde.

Gemeinsam mit seiner Ehefrau Christa Müller verfasste Lafontaine pünktlich für den Wahlkampf ein Buch: »Keine Angst vor der Globalisierung«. Darin umgarnte Lafontaine Sicherheitsbedürftige und Sozialstaatskonservative mit dem Versprechen, alles werde nur halb so schlimm und es gehe ohne größere Anstrengungen alles gut. »Es ist Zeit, mit den Irrtümern der Panikmacher und Standort-Kassandras aufzuräumen«, verkündete das Autorenduo. In ihrem Werk warfen sie der Regierung Kohl/Blüm »ständige Kürzungen sozialer Leistungen« vor. Sie diagnostizierten eine »einseitige, allein auf Standortwettbewerb ausgerichtete Kostensenkungspolitik« und verlangten Arbeitszeitverkürzungen.⁷

Mit diesen unterschiedlichen Vorstellungen gedachten der Kanzlerkandidat Schröder und der SPD-Vorsitzende Lafontaine ihren Wahlkampf zu führen. Mit dem wählerwirksamen Motto »Innovation und Gerechtigkeit« sollte zusammengeführt werden, was nicht zusammenpasste. Der Burgfrieden zwischen Schröder und Lafontaine, zwischen »Neuer Mitte« und Sozialstaatskonservatismus, aber hielt. Schröder war dabei bewusst, dass es mehr Erfolg verspricht, die defensiv agierende Regierung Kohl samt ihrer Sozialpolitik zu attackieren, als die Unzulänglichkeiten des »Modells Deutschland« zu thematisieren. Wenngleich er ein Bewusstsein für

die Schiefelage des Wohlfahrtsstaates mit seinen fehlenden Arbeitsanreizen etwa entwickelt hatte, stellte er dies zurück. Alles andere hätte die Machtarchitektur der SPD und das Zweckbündnis mit Lafontaine einstürzen lassen. So zog die SPD in einen Wahlkampf, bei dem weder die beiden Hauptakteure noch Form und Inhalt miteinander korrespondierten.

Die Sozialdemokraten präsentierten einen in Deutschland bis dato unbekanntem Wahlkampf modernen Typs. Sie gründeten die Wahlkampfzentrale »Kampa« abseits ihres Hauptquartiers, das offiziell nach Erich Ollenhauer benannt war, an dessen Biedermeier-Charme erinnerte und als »Baracke« bekannt war. In der »Kampa« aber orientierte man sich an den Wahlkampfmethoden, mit denen ein junger Mann namens Bill Clinton einige Jahre zuvor erfolgreich gewesen war. Wahlkampfmanager Machnig ließ flotte wie witzige Plakate entwerfen. Variierte Motive von Filmplakaten beschworen das Ende der Regierungszeit Kohls (»Wem die Stunde schlägt«). Motivierte und junge Leute arbeiteten in der »Kampa«, die mit einer Countdown-Uhr an der Außenwand ihres Gebäudes den Wahltag demonstrativ herbeisehnte. Zum traditionellen Inhalt des SPD-Wahlprogramms passte all das nicht. Schröder war dies bewusst, doch Hombach redete auf ihn ein, die »Kampa« sei ohne Bedeutung. Er fürchtete schließlich um seinen Nimbus als bester Wahlkämpfer der SPD. Hombach hatte als Wahlkampfmotto »Die Kraft des Neuen« vorgeschlagen. Dies entpuppte sich aber schnell als ein Slogan der Firma Siemens, die über jene Kopie gar nicht glücklich war. So wurde binnen kürzester Zeit »Die Neue Mitte« erfunden.

Der Widerspruch zwischen moderner Wahlkampfführung und traditionellen Wahlversprechen lag auf der Hand. Eine kreditkartengroße Garantiekarte, die die SPD in hoher Auflage verteilen ließ, symbolisierte ihn. Die besonders modernen Wahlkämpfer nannten diese Garantiekarte »Pledge-Card«. Unter diesem Namen war sie im Jahr zuvor von den Wahlstrategen Tony Blairs entwickelt worden. Sie listete fünf Versprechen jenes Mannes auf, der gegen die ausgelaugte Mannschaft der britischen Tories im Mai 1997 haushoch gewonnen hatte. Die deutsche Sozialdemokratie des Jahres 1998 präsentierte auf der einen Seite der Garantiekarte ein Konterfei Schröders mit dem Hinweis: »Ich nenne Ihnen neun gute Gründe, SPD zu wählen. Der zehnte heißt Kohl.« Auf der anderen Seite

waren jene neun Versprechen zu lesen. Mehr Versprechen waren den Wahlkämpfern nicht eingefallen, weswegen sie aus der Not eine Tugend machten – und Kohls Abwahl als zehnten Punkt aufnahmen. Damit entschied sich die SPD für gleich doppelt so viele Versprechen wie die britische Schwesterpartei – ein ambitioniertes Projekt in einem föderalen Staat. Die neun Versprechen waren allesamt erwartbar, abgesehen von der Zusage, die Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft zu verdoppeln. Alle anderen acht Punkte spiegelten längst bekannte, oppositionelle Vorschläge der SPD wider. Sie wiederholten die über Jahre ins Leere gelaufenen Anträge der Bundestagsfraktion: mehr Arbeitsplätze, mehr Steuergerechtigkeit, mehr soziale Gerechtigkeit. Die SPD präsentierte mit der Garantiekarte ein sozialdemokratisches »Weiter so«. Die Garantien dienten der Mobilisierung der Stammklientel. Kurzum: Es wurde die traditionelle Sozialpolitik beschworen. So entsprachen die Punkte voll den Intentionen Lafontaines.

Die »Kampa« hatte ohnehin, bis zu Schröders fulminantem Sieg in Niedersachsen, einen Wahlkampf mit Lafontaine als Kanzlerkandidaten geplant. Selbst nach Schröders Nominierung blieb für dessen Kurs kaum Platz, zumal Schröder einen wenig konfrontativen Stil gegenüber Kohl pflegte. So war die Garantiekarte ohne Absprache mit dem Kanzlerkandidaten wie dessen Mitarbeiter in Druck gegangen.⁸ Das steigerte das Misstrauen Schröders, der in seiner Partei über Niedersachsen hinaus kaum vernetzt oder verankert war. Schröder musste an offenen Strukturen in Bonn gelegen sein, weswegen er die »Kampa« an sich begrüßte. Dennoch hatte er allen Grund, sie für eine Institution Lafontaines zu halten. Schröder misstraute dem Bundesgeschäftsführer Müntefering, da dieser sich nie für eine Seite – oder zu einer Person – bekannte. Daneben stritten sich »Hannover« und »Bonn« über die richtige Werbeagentur. Diplomatisch sprach Schröders Mitarbeiter Heinz Thörmer in einem gemeinsamen Aufsatz mit dem Journalisten Wigbert Lör von »Schwierigkeiten und Schwächen im Zusammenspiel von Kampa und Kandidat«.⁹ Um Schröders Einfluss in Bonn zu sichern, waren vor allem dessen Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye und Büroleiterin Sigrid Krampitz tätig.

Schröder kämpfte innerparteilich aus der Position des Underdog. Auf dem Hannoveraner Parteitag hatte die SPD-Spitze für Lafontaine und Rau zwei riesige Büros ausgestattet, während